

EUROPÄISCHES PARLAMENT

1999



2004

Plenarsitzungsdokument

5. Februar 2004

B5-0076/2004

ENTSCHLIESSUNGSANTRAG

eingereicht im Anschluss an eine Erklärung der Kommission

gemäß Artikel 37 Absatz 2 der Geschäftsordnung

von Pasqualina Napoletano, Giorgio Ruffolo, Guido Sacconi, Walter Veltroni
und Stephen Hughes

im Namen der PSE-Fraktion

zur Krise im Stahlsektor unter besonderer Berücksichtigung des Falls Ast/TK
in Terni

B5-0076

Entschließung des Europäischen Parlaments zur Krise im Stahlsektor unter besonderer Berücksichtigung des Falls Ast/TK in Terni

Das Europäische Parlament,

- in Kenntnis der Charta der Grundrechte der Europäischen Union, insbesondere der Bestimmungen über die sozialen Rechte, sowie der Bestimmungen des EG-Vertrags, insbesondere Artikel 136, wonach die Mitgliedstaaten die Förderung der Beschäftigung, die Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen, einen angemessenen sozialen Schutz und im Hinblick auf ein dauerhaft hohes Beschäftigungsniveau und die Bekämpfung von Ausgrenzungen den sozialen Dialog anstreben,
 - in Kenntnis der Schlussfolgerungen des Europäischen Rates von Lissabon vom 23. und 24. März 2000,
 - in Kenntnis der Richtlinie 94/45/EG des Rates vom 22. September 1994 über die Einsetzung eines Europäischen Betriebsrats oder die Schaffung eines Verfahrens zur Unterrichtung und Anhörung der Arbeitnehmer in gemeinschaftsweit operierenden Unternehmen und Unternehmensgruppen,
 - in Kenntnis der Richtlinie 2002/14/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. März 2002 zur Festlegung eines allgemeinen Rahmens für die Unterrichtung und Anhörung der Arbeitnehmer in der Europäischen Gemeinschaft,
 - unter Hinweis auf seine vorherigen Entschlüsse zum Stahlsektor, zu den Umstrukturierungen und den Unternehmensfusionen,
 - in Anbetracht der anhaltenden Arbeitsplatzverluste im Stahlsektor,
 - gestützt auf Artikel 37 Absatz 2 seiner Geschäftsordnung,
- A. in der Erwägung, dass das Unternehmen Thyssen-Krupp vor kurzem ein technisches Konzept vorgelegt hat, aus dem hervorgeht, dass die Sparte Magnetstahl in Ast di Terni (Italien) geschlossen werden soll, was in dem betroffenen Gebiet zu einem Verlust von 900 Arbeitsplätzen führen wird,
- B. in der Erwägung, dass der Magnetstahl für das komplexe Gleichgewicht des Stahlstandorts Terni ein ausschlaggebender Faktor ist, und zwar nicht nur für die Synergieeffekte bei den Anlagen und in der Produktion, sondern auch in Bezug auf die Beschäftigung; ferner in der Erwägung, dass Thyssen-Krupp sich verpflichtet hat, Terni für kornorientierten Magnetstahl als europäisches Spitzentechnologiezentrum aufzubauen; in der Erwägung, dass Terni zu den Standorten des Unternehmens in Europa mit den niedrigsten Stückkosten gehört,
- C. in der Erwägung, dass die mögliche Umstrukturierung der Sparte Magnetstahl in Terni ein Abwandern dieses strategischen Bereichs aus Italien bedeuten würde, was

schwerwiegende Folgen für die Wettbewerbsfähigkeit dieses Verfahrens und die junge und qualifizierte Belegschaft bedeuten würde,

- D. eingedenk der Mobilisierung der betroffenen Arbeitnehmer, ihrer Gewerkschaftsvertretungen, der Bevölkerung und der Vertreter der lokalen Behörden,
- E. in Erwägung der enormen öffentlichen Investitionen, unter anderem auch aus den Gemeinschaftsfonds für Ziel-2-Regionen und aus dem ESF zur Entwicklung der Beschäftigung vor Ort, der Infrastrukturen und der Berufsausbildung, von denen das Thyssen-Krupp-Werk Ast direkt und indirekt profitiert hat;
 - 1. fordert die italienische Regierung und die Kommission auf, unverzüglich Initiativen zu ergreifen, um die Schließung der Sparte Magnetstahl im Werk Terni abzuwenden;
 - 2. bekundet seine Solidarität mit den betroffenen Arbeitnehmern und ihren Familien;
 - 3. erinnert die Kommission daran, dass es ihr nach Auslaufen des EGKS obliegt, sich mit den wirtschaftlichen und sozialen Folgen der Entwicklung der europäischen Stahlindustrie zu befassen;
 - 4. fordert die Kommission auf, sich im Hinblick auf die Annahme strenger multilateraler Vorschriften weiterhin sowohl in der OECD als auch in der WTO entschieden gegen den unlauteren Wettbewerb von Drittländern mit Hilfe von Subventionen, der unzulässigen Inanspruchnahme von Handelsregeln oder anderen Maßnahmen einzusetzen;
 - 5. fordert die Kommission und die Mitgliedstaaten auf, die Innovation zu fördern und neue, auf Spezialisierung und Qualität gerichtete Maßnahmen auch in diesem Sektor zu entwickeln oder angemessene Umstellungspläne vorzusehen; hält es für notwendig, den Erhalt eines starken und modernen Stahlsektors in der EU zu gewährleisten, der nachhaltig ist und Arbeitsplätze schafft;
 - 6. fordert die Kommission und die Mitgliedstaaten auf, angesichts der Umstrukturierungen in der Industrie und ihrer sozialen Auswirkungen entschlossener vorzugehen, um zu vermeiden, dass diese sich negativ auf die Beschäftigung und die Arbeitsbedingungen sowie die Raumordnung niederschlagen;
 - 7. ist der Auffassung, dass für alle aus öffentlichen Mitteln, einschließlich der Strukturfonds, gewährten Subventionen Vereinbarungen über die Beschäftigung, die Entwicklung der Standorte und der Investitionen zur Modernisierung der Produktion zu treffen sind;
 - 8. fordert die Mitgliedstaaten auf, unter Beachtung der einzelstaatlichen und europäischen Vorschriften im Bereich der Unterrichtung und der Konsultation der Arbeitnehmer den sozialen Dialog zu fördern und zu stärken und wirksame Maßnahmen zum Schutz der Gewerkschaftsvertreter zu verabschieden;
 - 9. beauftragt seinen Präsidenten, diese Entschließung der Kommission, dem Rat, den Regierungen und Parlamenten der Mitgliedstaaten sowie den Sozialpartnern zu übermitteln.